

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

*Einrichtung eines Beratungs- und Informationsbüros für von
Verdrängung bedrohte Bürger*innen*

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Die Bürgerversammlung möge beschließen:

Im 8. Stadtbezirk wird ein unabhängiges Beratungsbüro für Bürgerinnen und Bürger, Kleingewerbetreibende, Kulturinitiativen, Vereine und soziale Einrichtungen, deren Wohnraum bzw. Existenz durch Kündigung ihrer Wohnungen oder Räumlichkeiten bedroht ist, eingerichtet. Dieses Büro könnte z.B. im Ladenraum des Wohnprojektes Ligsatz8 installiert und von einem noch zu gründenden Verein betrieben werden. Als Anschubfinanzierung stellt der Bezirksausschuss 8 aus seinem Stadtteilbudget die Gelder für eine 450 Euro – Honorarkraft sowie Betriebs- und Sachkosten (z.B. Telefon, Werbematerial wie Flyer/Plakate o.ä.) für die Dauer von einem Jahr zur Verfügung und beantragt für das Folgejahr zusätzliche Mittel aus dem städtischen Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“. (<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/PlanTreff/Buergerschaftliches-Engagement.html>)

- Fortsetzung auf Beiblatt -

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Antrag für die Bürgerversammlung des 8. Stadtbezirkes

Die Bürgerversammlung möge beschließen:

Im 8. Stadtbezirk wird ein unabhängiges Beratungsbüro für Bürgerinnen und Bürger, Kleingewerbetreibende, Kulturinitiativen, Vereine und soziale Einrichtungen, deren Wohnraum bzw. Existenz durch Kündigung ihrer Wohnungen oder Räumlichkeiten bedroht ist, eingerichtet. Dieses Büro könnte z.B. im Ladenraum des Wohnprojektes Ligsalz8 installiert und von einem noch zu gründenden Verein betrieben werden. Als Anschubfinanzierung stellt der Bezirksausschuss 8 aus seinem Stadtteilbudget die Gelder für eine 450 Euro – Honorarkraft sowie Betriebs- und Sachkosten (z.B. Telefon, Werbematerial wie Flyer/Plakate o.ä.) für die Dauer von einem Jahr zur Verfügung und beantragt für das Folgejahr zusätzliche Mittel aus dem städtischen Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“. (<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/PlanTreff/Buergerschaftliches-Engagement.html>)

Begründung:

Seit Jahren herrschen in München Wohnungsnot und Verdrängung. Die Mietpreise steigen ins Unermessliche. Zahlreiche Menschen, die zur Miete wohnen oder ein Kleingewerbe betreiben fragen sich, wann bei ihnen das Haus, die Wohnung oder auch ihr Gewerberaum verkauft wird und sie auf der Straße stehen. Rechtlich haben sie so gut wie keine Handhabe. Der Gesetzgeber ergreift nicht die notwendigen Maßnahmen, um dieser Entwicklung spürbar Einhalt zu gebieten. Genau für diese Menschen braucht es ein niederschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot in den einzelnen Stadtvierteln. Auf der Schwanthalerhöhe soll deshalb zunächst ein „PilotBüro“ eingerichtet werden, das als Muster/Vorbild in anderen Stadtteilen dienen kann. Anzumerken ist, dass solch ein Beratungsangebot keineswegs in Konkurrenz steht zum Mieterbeirat oder Mieterverein, vielmehr sollte es deren Angebote ergänzen.

Ziele dieses Büros:

1. Gesprächsangebote schaffen und die Nachbarschaft stärken. Von Verdrängung bedrohte Bürger*innen und Institutionen begleiten. Hausgemeinschaften bei Fragen zum Vorkaufsrecht, zur Gründung von Genossenschaften und zur Gründung selbstverwalteter Wohn- und Gewerbeprojekte mit dem Mietshäuser Syndikat unterstützen.
2. Kleine Geschäfte und Vereine unterstützen, Orte der Begegnung erhalten → auch kleine Läden und kleine Vereine sind durch das Gewerbemietrecht schutzlos der Immobilienwirtschaft ausgeliefert.
3. Stadt solidarisch gestalten: Die Stadt nicht als profitablen Verwertungsraum begreifen, sondern Stadt und Stadtviertel wie das Westend gemeinwohlorientiert gestalten.
4. Erfassung von unzulässigen Mieterhöhungen.
5. Erfassung von Leerständen und Teilentmietungen.
6. Recherche und Erfassung von Fehlnutzungen/Zweckentfremdungen, wie z.B. Nutzungen als Ferienwohnungen und Einwirken auf die Stadt, hier tätig zu werden.
7. Regelmäßige (Bildungs-)Veranstaltungen
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Wohnungstauschbörse